**Südsudan 2024**

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, friedliche Versammlung und Freizügigkeit wurden eingeschränkt. Regierungskritiker und Aktivisten waren von Verschleppungen, willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen sowie Folter und anderen Misshandlungen betroffen. Der Nationale Sicherheitsdienst agierte ungestraft und widersetzte sich einer gerichtlichen Anordnung zur Freilassung eines inhaftierten Regierungskritikers. Die Vereinten Nationen berichteten über zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, konfliktbedingte sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie die Rekrutierung und der Einsatz von Kindern durch bewaffnete Gruppen. Das Parlament verabschiedete zwei Gesetze zur Übergangsjustiz, um die Versöhnung zu fördern und den Opfern des 2013 begonnenen Konflikts Wiedergutmachung zu leisten. Die Ernährungsunsicherheit nahm aufgrund des anhaltenden Konflikts, von Überschwemmungen, Vertreibungen und steigenden Lebenshaltungskosten zu. Drei Viertel der Bevölkerung benötigten humanitäre Hilfe und Schutz. Die Regierung versäumte es, angemessene Vorsorge- und Schutzmaßnahmen zur Bewältigung der durch den Klimawandel verursachten Risiken zu ergreifen.

**Hintergrund**

Im September einigten sich die Parteien des Revitalisierten Abkommens zur Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan (R-ARCSS) darauf, die Übergangsphase von Februar 2025 bis Februar 2027 zu verlängern und die für 2024 geplanten Wahlen auf Dezember 2026 zu verschieben.

Im April verlängerte der UN-Menschenrechtsrat das Mandat der Menschenrechtskommission im Südsudan.

Im Mai verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Waffenembargo gegen den Südsudan bis zum 30. Mai 2025.

Im Oktober wurde Akol Koor Kuc von seinem Amt als Generaldirektor des Nationalen Sicherheitsdienstes (NSS) entlassen, das er seit der Unabhängigkeit des Südsudans im Jahr 2011 inne hatte. Während seiner Amtszeit wurde der NSS vorgeworfen, zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen und andere Verbrechen nach internationalem Recht begangen zu haben.

Der Krieg im benachbarten Sudan hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft, als Schäden an Ölpipelines im März die Ölexporte des Südsudans über Port Sudan zum Erliegen brachten, die mehr als 85 % der Staatseinnahmen ausmachten.

Nach Angaben des UNHCR, der Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen, waren etwa 2 Millionen Menschen weiterhin Binnenvertriebene. Der Südsudan nahm über 500.000 Flüchtlinge auf, vor allem aus dem Sudan. Unterdessen hatten seit Beginn des Konflikts im Jahr 2013 etwa 2,3 Millionen Südsudanesen in Nachbarländern Zuflucht gesucht.

**Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit**

Am 3. Juli verabschiedete die Übergangs-Nationalversammlung den Gesetzentwurf 2024 zur Änderung des Gesetzes über den Nationalen Sicherheitsdienst von 2014. Er trat am 12. August automatisch in Kraft, nachdem Präsident Salva Kiir Mayardit es versäumt hatte, ihn zu unterzeichnen oder zur Änderung an das Parlament zurückzuverweisen. Das Gesetz stärkte die ohnehin schon weitreichenden Befugnisse des NSS, die es ihm ermöglichten, unter anderem das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung einzuschränken. Laut lokalen Medien ordnete der NSS im September an, dass medizinische Fachkräfte ihre Generalversammlung in der Hauptstadt Juba ohne Angabe von Gründen unterbrechen mussten, obwohl sie Sicherheitsfreigaben erhalten hatten und die erforderlichen Protokolle eingehalten hatten. Es handelte sich Berichten zufolge um die erste Versammlung dieser Art seit acht Jahren.

Im Januar erließ das Ministerium für Information und Kommunikation des Bundesstaates Jonglei ein Rundschreiben, in dem alle staatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Akteure des privaten Sektors angewiesen wurden, vor öffentlichen Bekanntmachungen über Rundfunk, Lautsprecheranlagen (Mikrofone) oder Plakate die Genehmigung des Ministeriums einzuholen. Das Ministerium hob das Rundschreiben wenige Tage später nach heftigen Protesten der Jonglei-Sektion der Journalistengewerkschaft des Südsudans und von Aktivisten der Zivilgesellschaft wieder auf.

Im Juni gingen Sicherheitskräfte gegen zwei friedliche Proteste gegen die Lebenshaltungskostenkrise vor, zerstreuten die Demonstranten und nahmen mindestens zwei Personen in Bor, der Hauptstadt des Bundesstaates Jonglei, fest.

**Verschleppungen**

In der Nacht des 30. März wurde der ehemalige Bürgermeister von Juba, Kalisto Lado, in seinem Haus in Juba von Beamten, die vermutlich dem NSS angehörten, willkürlich festgenommen. Er wurde drei Monate lang verschleppt. Im Juni gab die Regierung zu, Kalisto Lado wegen „Verschwörung“, „Untergrabung der verfassungsmäßigen Regierung“, „Lieferung von Waffen an Aufständische, Banditen und Saboteure“, „Besitz gefährlicher Waffen“ und „Veröffentlichung oder Verbreitung falscher Aussagen, die der Republik Südsudan schaden“ festzuhalten. Er wurde am 6. September ohne Anklage freigelassen. Während seiner Haft wurde er gefoltert und anderen Misshandlungen ausgesetzt.

**Willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen**

Am 2. Januar wurde Raphael Juma Zacharia, ein studentischer Aktivist, der im Dezember 2023 willkürlich festgenommen und in einer NSS-Haftanstalt namens „Blue House“ in Juba inhaftiert worden war, freigelassen, nachdem er einen Entschuldigungsbrief an den NSS geschrieben hatte. Er war im Zusammenhang mit einer Rede verhaftet worden, die er im November 2023 bei einer Studentenkundgebung an der University of Upper Nile gehalten hatte und in der er auf Vorwürfe der Korruption und Straflosigkeit durch den NSS und dessen Führung Bezug genommen hatte.

Am 24. März wurde der Menschenrechtsaktivist Michael Wetnhialic gegen 20 Uhr auf dem Weg zu einem Treffen im Nile Fortune Hotel in Juba willkürlich von NSS-Beamten festgenommen, die in Fahrzeugen ohne Kennzeichen unterwegs waren. Berichten zufolge wurde er unter dem Verdacht festgenommen, unter falschen Namen Facebook- und WhatsApp-Konten zu betreiben, um sensible Informationen zu veröffentlichen, die kritisch gegenüber dem NSS und der Regierung sind. Am 7. November wurde er ohne Anklage aus der Haft des NSS entlassen.

Morris Mabior Awikjok Bak, ein südsudanesischer Staatsbürger und Regierungskritiker, wurde am 8. November aus der Haft entlassen, drei Monate nachdem das Oberste Gericht in Juba ihm eine Kaution gewährt hatte. Er war im Februar 2023 in Nairobi, Kenia, willkürlich festgenommen und von dort gewaltsam nach Juba zurückgebracht worden. Mehr als 14 Monate seiner Haft verbrachte er im Blue House, ohne Ermittlungen, Gerichtsverfahren oder Zugang zu seinem Anwalt. Am 16. April erschien er zum ersten Mal vor Gericht, begleitet von NSS-Beamten, und wurde in einem vom damaligen NSS-Generaldirektor angestrengten Verfahren wegen Verleumdung angeklagt.

Raphael Juma Zacharia, Michael Wetnhialic und Morris Mabior Awikjok Bak wurden während ihrer Haft durch den NSS jeweils gefoltert und anderen Misshandlungen ausgesetzt.

**Freizügigkeit**

Mitglieder der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung – Opposition (SPLM-IO) gaben an, dass ihr Vorsitzender, der erste Vizepräsident Riek Machar, weiterhin Beschränkungen unterworfen sei, die ihn daran hinderten, Juba zu verlassen. Die Regierung wies die Behauptungen der Mitglieder zurück, sie seien für die angeblichen Beschränkungen verantwortlich. Im Jahr 2019 hatte der Ministerrat der Intergovernmental Authority on Development (eine regionale Organisation) eine Resolution verabschiedet, in der die Aufhebung seiner Reisebeschränkungen empfohlen wurde.

Am 25. September hinderte der NSS laut Medienberichten Oyet Nathaniel Pierino, den ersten stellvertretenden Parlamentspräsidenten und stellvertretenden Vorsitzenden der SPLM-IO, daran, am internationalen Flughafen von Juba einen Flug nach Uganda zu besteigen. Diese Maßnahme veranlasste ihn, die mangelnde Bewegungsfreiheit im Land öffentlich zu kritisieren.

**Außergerichtliche Hinrichtungen**

Nach Angaben der UN-Mission im Südsudan (UNMISS) wurden bis Oktober mindestens 54 Menschen, darunter ein Kind, von Regierungsbehörden, darunter auch Angehörige der Sicherheitsdienste, außergerichtlich hingerichtet.

**Missbräuche durch bewaffnete Gruppen**

Bei Zusammenstößen zwischen bewaffneten Akteuren in einigen Gebieten kamen Hunderte Menschen ums Leben, die meisten davon Zivilisten. Die UNMISS dokumentierte 1.069 Todesfälle infolge von interkommunaler und politischer Gewalt.

**Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt**

Der Aktionsplan der Streitkräfte zur Bekämpfung konfliktbezogener sexueller Gewalt im Südsudan wurde nach seinem Auslaufen am 31. Dezember 2023 um drei Jahre (2024–2026) verlängert.

Die UNMISS dokumentierte 157 Fälle von konfliktbezogener sexueller Gewalt, von denen 183 Überlebende (113 Frauen, 66 Mädchen und vier Männer) im Alter zwischen neun und 65 Jahren betroffen waren.

**Kinderrechte**

Nach Angaben der UNMISS gab es im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt 84 schwere Verstöße gegen 68 Kinder (53 Jungen, neun Mädchen und sechs Kinder, deren Geschlecht unbekannt war). Zu den Verstößen gehörten die Tötung von 12 und die Verstümmelung von zwei Kindern (sieben Jungen, ein Mädchen und sechs weitere, deren Geschlecht unbekannt war). Unter diesen Kindern wurden 41 Jungen und drei Mädchen von bewaffneten Gruppen rekrutiert und eingesetzt; fünf Mädchen wurden vergewaltigt. Mindestens neun Jungen waren mehrfach Opfer von Verstößen wie Rekrutierung, Einsatz und Entführung durch bewaffnete Gruppen.

**Wirtschaftliche und soziale Rechte**

Die wirtschaftliche Lage war geprägt von exorbitanten Lebenshaltungskosten, hoher Inflation und einer Abwertung des Pfunds. Die Zahlung der Gehälter von Beamten verzögerte sich um mehr als neun Monate, was unter anderem zu Protesten von Beamten in Bor und Mitarbeitern der Universitäten Bahr el Ghazal, Upper Nile und Rumbek führte.

Laut OCHA verschlechterte sich die Ernährungssicherheit aufgrund von Überschwemmungen, anhaltenden Konflikten, Vertreibungen und hohen Lebenshaltungskosten. Der Konflikt im benachbarten Sudan verschärfte die ohnehin schon dramatische humanitäre Lage weiter. Bis Ende Dezember waren mehr als 900.000 Menschen, darunter Rückkehrer, Flüchtlinge und Asylsuchende, aus dem Sudan geflohen und in den Südsudan gekommen.

Neun Millionen Menschen, also 75 % der Bevölkerung, benötigten humanitäre Hilfe und Schutz. Es wurde erwartet, dass etwa 7,1 Millionen Menschen (56,3 %) im Laufe des Jahres mit einer Krise oder einer noch schwerwiegenderen Ernährungsunsicherheit konfrontiert sein würden. Die Unterernährungsraten blieben hoch, mehr als 2,5 Millionen Kinder und Frauen waren von akuter Unterernährung betroffen. Der Humanitäre Hilfsplan 2024 der Vereinten Nationen hatte nur 68,5 % der beantragten 1,8 Milliarden US-Dollar erhalten, die benötigt wurden, um 6 Millionen Menschen mit lebensrettender Hilfe und Schutzmaßnahmen zu versorgen.

Unzureichende Einnahmen führten zu Kürzungen bei den Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen, darunter Gesundheit und Bildung, und zu einem Anstieg der Verschuldung. Siebzig Prozent der Kinder gingen aufgrund der wirtschaftlichen Lage vorübergehend nicht zur Schule.

**Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung**

Am 9. Mai begannen in Nairobi, Kenia, die hochrangigen Friedensgespräche für den Südsudan – auch bekannt als Tumaini-Initiative – zwischen der Regierung und bewaffneten Gruppen, die das R-ARCSS nicht unterzeichnet hatten. Die Tumaini-Initiative – was übersetzt „Hoffnung“ bedeutet – legte den Schwerpunkt auf die rasche Umsetzung der Bestimmungen des Abkommens von 2018 und die Schaffung eines Umfelds, das dessen Umsetzung förderlich ist.

Am 11. November unterzeichnete Präsident Kiir zwei Gesetze zur Übergangsjustiz, um die Folgen des 2013 begonnenen Konflikts zu bewältigen und den Opfern Wiedergutmachung zu leisten. Mit dem Gesetz zur Einrichtung einer Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Heilung von 2024 sollte eine Kommission zur Förderung von Frieden, nationaler Versöhnung und Heilung eingerichtet werden. Das Gesetz zur Einrichtung einer Entschädigungs- und Wiedergutmachungsbehörde von 2024 zielte darauf ab, Personen zu identifizieren, die Anspruch auf Wiedergutmachung haben, und einen Fonds für diesen Zweck einzurichten.

**Recht auf eine gesunde Umwelt**

Der Südsudan war weiterhin mit schwerwiegenden Risiken durch den Klimawandel konfrontiert, für die die Regierung keine angemessenen Vorsorge- und Minderungsmaßnahmen eingeführt hat. Nach Angaben des Disaster Risk Management Knowledge Centre war das Land weltweit das zweitgefährdetste Land in Bezug auf Naturkatastrophen.

Im Oktober genehmigte der Ministerrat die Ausrufung des Notstands in den von Überschwemmungen betroffenen Gebieten, nachdem diese die Lebensgrundlagen zerstört, wichtige Infrastruktur überflutet und die Bevölkerung in höher gelegene Gebiete vertrieben hatten. Nach Angaben von OCHA waren landesweit über 1,4 Millionen Menschen betroffen, während in 22 Bezirken etwa 379.000 Menschen durch die Überschwemmungen vertrieben wurden.